

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 24. März 2025
Kantonsratspräsident Zehnder Ferdinand

P 388 Postulat Schnider Hella und Mit. über die Forderung nach einer Unterbrechung und damit verbundenen Evaluation des Stationierungskonzeptes aus B 131 (Planungsbericht Lupol 2022) sowie nach einer Einleitung allfälliger Unterstützungsmassnahmen und Fristverlängerungen bei der Umsetzung / Justiz- und Sicherheitsdepartement

Das Postulat P 388 wurde auf die März-Session hin dringlich eingereicht.
Der Regierungsrat lehnt die dringliche Behandlung ab.
Hella Schnider hält an der Dringlichkeit fest.

Hella Schnider: Das Postulat fordert eine Unterbrechung des Stationierungskonzeptes. Damit verbunden sein sollen eine Evaluation des Umsetzungsstandes und der Einbezug der bei der Beratung der Botschaft B 131 im Kantonsrat gemachten Bemerkungen sowie allfällige Unterstützungsmassnahmen und Fristverlängerungen. Bei der Annahme des Postulats werden die enthaltenen Forderungen Auswirkungen auf den Rollout des Stationierungskonzeptes haben. Der Rollout wiederum hat direkte Konsequenzen auf die Immobilien, in denen sich Polizeiposten befinden oder in Zukunft befinden sollen. So müssen je nach Sachlage Kündigungen oder Anmietungen von Immobilien erfolgen. Das benötigt meistens einen sehr grossen zeitlichen Vorlauf. Dadurch werden bereits im Vorfeld der Konsolidierung Fakten geschaffen. Die Schaffung einer solchen Faktenlage ist schnellstmöglich zu stoppen, um so den Raum für eine Unterbrechung und Standortbestimmung zu gewähren. Die Immobilienfragen dürfen eine Standortbestimmung und allfällige Anpassung nicht verhindern. Daher die dringliche Eingabe des Postulats. Ich danke Ihnen für Ihre Unterstützung.

Für den Regierungsrat spricht Justiz- und Sicherheitsdirektorin Ylfete Fanaj.

Ylfete Fanaj: Das Kriterium des aussergewöhnlichen politischen Gewichts sieht die Regierung als nicht erfüllt an. Ausser dem Vorstoss zu diesem Thema, den wir in der letzten Session behandelt haben, ist seit diesem Zeitpunkt auch nichts besonders vorgefallen, was eine umgehende politische Stellungnahme erfordern würde. Es ist auch nicht so, dass das Anliegen keinen Aufschub erträgt. Zudem ist für die nächste Sitzung der Kommission Justiz- und Sicherheit (JSK) der Zwischenstand des Stationierungskonzeptes der Organisationsentwicklung 2030 der Luzerner Polizei (OE 2030) traktandiert, auch mit Fragen von Hella Schnider. Deshalb werden wir in der JSK-Sitzung über dieses Thema diskutieren. Wenn die JSK bis dahin warten kann, kann auch der Kantonsrat auf die Beantwortung des Postulats warten. Da die Dringlichkeit nicht gegeben ist, bitte ich Sie, dem Antrag der Regierung zu folgen.

Der Rat lehnt die dringliche Behandlung mit 79 zu 31 Stimmen ab. Die nötige Zweidrittelmehrheit wurde nicht erreicht.